

> Berlin aktuell

von Ingbert Liebing

Redaktion: Christopher J. Peter

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

rund ein halbes Jahr trennt uns von der nächsten Bundestagswahl. Im September 2013 wird der neue Deutsche Bundestag gewählt. Deutschland wird damit entscheiden, ob die CDU-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre gute Arbeit für unser Land und für Europa fortsetzen kann, oder ob wir innen- und außenpolitisch wieder in unruhiges rot-grünes Fahrwasser geraten.

Dass der Wahlkampf näher rückt, spüren wir in Berlin täglich an den ruppiger werdenden Angriffen der Opposition. Gut, dass insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel Ruhe bewahrt und mit Umsicht regiert.

In den jüngsten Tagen ist das Thema „Fracking“ ganz oben auf die Tagesordnung gekommen - im Wahlkreis, wie in Berlin. Nachdem wir in den vergangenen Jahren einen erfolgreichen Kampf geführt haben, CCS bei uns zu verhindern, wiederholt sich jetzt die Auseinandersetzung. Ich will, dass Fracking bei uns nicht stattfindet.

Bei der Frackingtechnologie wird mit hohem Druck und unter Einsatz von Wasser, Sand und Chemikalien das Gestein so aufgebrochen, dass Gas gefördert werden kann. Mit dem aktuellen Gesetzentwurf der beiden Bundesminister Altmaier und Rösler greifen wir die berechtigten Sorgen der Menschen vor der Technologie des Frackings auf. Mit verschärfenden rechtlichen Regelungen wird sichergestellt, dass keine Genehmigungen erteilt werden, solange die Sicherheit nicht gewährleistet ist. Alle Regelungen werden an ein Einvernehmen der Wasserbehörden geknüpft. Sie erhalten ein Veto-Recht.

Darüber hinaus werden grundsätzlich Umweltverträglichkeitsprüfungen verlangt. Fracking wird grundsätzlich in Trinkwasserschutzgebieten verboten. Dieses ist ein starkes und notwendiges Signal. Damit tragen wir auch der Position des Bundesrates Rechnung, der eine Umweltverträglichkeitsprüfung gefordert hatte. Mit dem



Veto-Recht für die Wasserbehörden gehen wir sogar noch weiter als der Bundesrat.

Während die Opposition im Bundestag und über die Länder im Bundesrat nur allgemeine Resolutionen vorgelegt hatte, handeln wir ganz konkret durch rechtliche Änderungen. Wir stellen sicher, dass Trinkwasser, Gewässer- und Bodenschutz höchste Priorität haben.

Die jetzt beginnenden parlamentarischen Beratungen bieten Gelegenheit zu prüfen, ob die vorgelegten Vorschläge ausreichen, um Fracking zu verhindern. Denn das ist das Ziel: Ich möchte sicherstellen, dass uns niemand etwas aufdrücken kann, was wir nicht wollen. Und wir wollen bei uns kein Fracking.

Ich wünsche Ihnen einen schöne und erholsame Osterfeiertage und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Ingbert Liebing, MdB

Ingbert Liebing MdB

und die CDU-Landtagsabgeordneten für Nordfriesland Astrid Damerow und Klaus Jensen suchen für das
Mitarbeiterteam in Husum ab sofort

eine/einen Mitarbeiter/-in im Wahlkreisbüro

zur Unterstützung der politischen Arbeit, nach Möglichkeit in Vollzeit, ggf. auch in Teilzeitfunktion.

Ihre Aufgaben liegen in der inhaltlichen und organisatorischen Vor- und Nachbereitung von Veranstaltungen im Wahlkreis, Erledigung von Korrespondenz und Pressearbeit. Eigenverantwortliches Arbeiten, Spaß an der Kommunikation und ein sicherer Umgang mit den gängigen MS-Office Programmen runden Ihr Profil ab.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen.

Bewerbungen bitte an: **Ingbert Liebing, MdB, Heckenweg 1, 25813 Husum**

oder als **Online-Bewerbung** an: **ingbert.liebing@wk.bundestag.de**

Wir führen die Energiewende zum Erfolg

Entgegen allen Unkenrufen: die Energiewende kommt voran. 25 Prozent des Stroms in Deutschland wird inzwischen aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Aber es geht nicht nur um die Stromproduktion, sondern um den Umbau des gesamten Energiesystems.

Für einen beschleunigten Netzausbau hat der Bundestag in 1. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes beraten, mit dem insgesamt 36 Trassen festgelegt werden. Dazu gehört auch die Westküstentrasse zwischen Brunsbüttel und Niebüll. Nur die ganz exakte Trassenführung bleibt noch dem Planfeststellungsverfahren vorbehalten. Hier brauchen wir einen klugen Interessenausgleich zwischen Natur und Mensch.

Der Strompreis darf nicht weiter schrankenlos steigen. Für bisherige Strompreiserhöhungen gibt es viele Gründe, nicht nur den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das EEG enthält einen Systemfehler – die Umlage hängt vom Börsenstrompreis ab. Hier gibt es seit eineinhalb Jahren einen kontinuierlichen Preisverfall. Dies hat zur Folge, dass selbst ohne Zubau neuer Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien die EEG-Umlage trotzdem steigt. Bei sinkendem Börsenstrompreis steigen die Verbraucherstrompreise.

Der wertvolle Strom aus Erneuerbaren Energien wird zur Zeit an der Strombörse zu Billigstpreisen verramscht. Das ergibt keinen Sinn!



© Marianne J. pixelio.de

Um eine weitere Strompreiserhöhung im kommenden Herbst zu verhindern, hat Umweltminister Altmaier Vorschläge für eine Strompreisbremse vorgelegt. Auch die Oppositionsparteien und die Bundesländer haben inzwischen die Notwendigkeit zum Handeln eingesehen und eigene Vorschläge präsentiert.

Beim Ziel stabiler Energiepreise herrscht Einigkeit, auch wenn es bei einzelnen Maßnahmen Kritik gibt. Wir sollten beispielsweise nicht in den Rechtsbestand garantierter Einspeisevergütungen eingreifen. Damit setzen wir Planungssicherheit für

die Zukunft aufs Spiel und verteuern neue Projekte unnötig.

Sinnvoll ist hingegen ein genauere Blick bei der ausufernden Befreiung der Industrie von der EEG-Umlage. Schon jetzt profitieren hier viele von günstigeren Strompreisen an der Börse. Es stellt sich beispielsweise die Frage, ob die Befreiung des Schienenverkehrs vom EEG, die mit 230 Mio. Euro zu Buche schlägt, berechtigt ist. Diese stand bisher immer unter besonderem rot-grünen Schutz. Wir brauchen wieder eine Fokussierung der Ausnahmen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 71 173

☎ (030) 227 - 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:

Christopher J. Peter, Nadia Sabano-Canzler,
Regine Sternebeck

Mehr Infos unter:

www.ingbert-liebing.de

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Branka Trube und
Katrin Poschkamp
Heckenweg 1
25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de

